

Quarantäne im Untergrund

Jeremy F. aus Libyen lebt ohne Aufenthaltsstatus in Berlin. In Corona-Zeiten ist das Leben für ihn doppelt schwierig

Jeremy F. aus Libyen hat keine Papiere, kein Einkommen, keine Krankenversicherung, kein Geld vom Staat. Ein Besuch in seiner Berliner Wohnung zeigt, warum der junge Kriegsflüchtling trotzdem Glück hat.

Von Benjamin Beutler

»Ich habe Angst vor Polizei, ich bleibe zu Hause.« Jeremy F. stellt zwei Gläser frisches Wasser auf den Küchentisch. Draußen singt sich eine Amsel die Stimme aus dem Hals. Die Kastanien im Innenhof treiben grün, auf dem Balkon gegenüber sitzt ein Pärchen und trinkt plaudernd Kaffee. Endlich Frühling in der Stadt, deren Einwohner sich seit Wochen verbarrikadieren. So wie Jeremy. Er hat doppelten Grund. Außer Corona ist es die Gefahr, entdeckt zu werden. Die ist jetzt größer, in der leeren Stadt.

Wir haben uns über Whatsapp verabredet. Es ist nur eine Handvoll Wörter, die Jeremy zu schreiben in der Lage ist. Eine Schule, erzählt der große, ruhige Mann in den Zwanzigern, hat er nie von innen gesehen. Nach etlichen Jahren in Deutschland ist sein Deutsch immer noch am Anfang. Das Handy, auch für ihn in diesen Tagen die einzige Verbindung zur Außenwelt, hat er stets griffbereit. Doch ruft fast nie jemand an. Seit in Berlin die Corona-Ausgangssperre regiert, lebt er noch isolierter als sonst.

Jeremy bewegt sich generell vorsichtig, denn er hat keine Papiere. Er lebt also faktisch in Dauerquarantäne. Keine Familie. Kaum Freunde. Schutzlos. Jeremy ist Einzelkämpfer. Seit vor knapp drei Jahren sein Asylantrag abgelehnt wurde, ist er einer von Zehntausenden Illegalisierten, die sich aus Angst vor Abschiebung unsichtbar machen. Ob ein nicht gestempeltes S-Bahn-Ticket, vergessene Schlüssel in der Wohnung, eine Schlägerei, in die man gerät – jeder Fehler im Alltag kann die Polizei auf den Plan rufen. Eine Personenkontrolle wäre das Ende seines mühsam aufgebauten Lebens in Deutschland. In diesen Zeiten, in denen der Rückzug in die eigenen vier Wände zur ersten Bürgerpflicht wird, fühlt sich Jeremy noch einsamer. Noch mehr am Rande der Gesellschaft. Noch mehr auf sich gestellt.

So wie damals, vor seiner Flucht aus Libyen, über die blaue Mauer aus Wasser, für einen Platz in der Festung Europa. Vor sieben, acht Jahren, noch Teenager, sitzt Jeremy an der nordafrikanischen Mittelmeerküste fest, eingesperrt von Menschenschmugglern in einem engen Raum. Auf dem Boden eine Matratze. Die Fenster vergittert. Ungezählte Tage und Nächte wartet er auf seine Verschiffung. Ab und zu wird die Stille durchbrochen, wenn ein Schleuser die Eisentür aufschließt, Essen und Trinken bringt. Danach schließt er wieder ab. Geht. Wann genau die Überfahrt im Gummiboot losgeht, für die Jeremy ein paar Hundert Dollar hingelegt hat, das hatten die libyschen Schlepper nicht verraten, als sie ihn ein paar Tage zuvor nach der Arbeit ansprachen und er, in der Hoffnung auf ein besseres Leben auf der reichen Seite des Meeres, einwilligte.

Heute, im Berliner Corona-Gefängnis, ist es nicht so schlimm wie damals beim Warten auf die gefährliche Passage. Doch ähnlich schlimm wie damals ist das Ausgeliefertsein. Die Ungewissheit darüber, wie es weiter geht, was der nächste Tag bringt.

Jeremys Eltern waren einst aus Ghana ins wohlhabende Libyen von Diktator Muammar Al-Gaddafi gekommen. Im großen Migrantenheer aus Rest-Afrika schufteten sie auf Feldern, Baustellen, in den Haushalten der Einheimischen. Schickten Geld zu den Verwandten. Allein die Geburt entscheidet, ob man Glück hat oder nicht, vom Schicksal in diese ärmste Region der Welt gewürfelt wird oder dorthin, wo Jeremy jetzt lebt.

Schon Jeremys Vater war ein Geflüchteter. Die Heimat hatte er in den 1980ern verlassen, wegen einer historischen Dürre, politischer Verfolgung nach einem der Militärputsche, wegen Schulden oder allem zusammen. So genau weiß Jeremy das nicht mehr. So oder so, sein Dad bringt die Familie in Libyen mit einem kleinen Laden für Gemischtwaren und Lebensmittel durch. Dann, 2010, über-



Foto: dpa/Angelika Warmuth

gießt sich im Nachbarland Tunesien ein Obsthändler mit Benzin und zündet sich an. Er kann die Schikanen von Polizei und Behörden nicht länger ertragen, heißt es. Sein Tod entfacht den Arabischen Frühling, der in Wellen auf ganz Nordafrika übergreift.

Der Aufstand gegen das Gaddafi-Regime ein Jahr später wird auch für Familie F. zum Wendepunkt. Nahe Tripolis lebt sie in einem zweistöckigen Haus. Schon zuvor mussten sie den Rassismus der Einheimischen ertragen. Doch jetzt bricht er offen aus. »Ihr stinkt, ihr seid schmutzig!« Auf der Straße wird Schwarzafrikanern ins Gesicht gespuckt, Lynchmorde werden verübt.

Zum Rassismus in Friedenszeiten kommt jetzt der Bürgerkrieg. Jeder Mann mit schwarzer Hautfarbe wird von den Rebellen zum Feind erklärt. Denn Gaddafi hatte sein brutales Regime nicht nur auf Geld und Geheimdienst gestützt. Tausende Männer aus Mali und anderen Subsaharaländern, die der Revolutionsführer für Armee und Sicherheitsapparat rekrutierte, erledigten den schmutzigen Job des Machterhalts. Nun, in der Anarchie des Bürgerkriegs, werden Schwarze zu Freiwild. Das Eigentum vieler Migranten wird beschlagnahmt.

Jeremy erinnert sich: »Ich habe für einen Araber eine Mauer verputzt, da kamen zwei Männer, rissen mich herunter und hielten mir eine Pistole an den Kopf, schrien, dass sie mich töten.« Als sein Auftraggeber das Geschrei vor seinem Haus hört, kommt er herausgerannt. Es gelingt ihm, seine Landsleute zu besänftigen. Je-

remy steckt ein paar Schläge ein und kommt davon.

Dann die endgültige Katastrophe. Eines Nachts zerreißt ein furchtbarer Knall die Stille zu Hause. Als Jeremy im Krankenhaus wach wird, haben nur er und seine Schwester die Explosion überlebt, die von einer Bombe aus den Kampfflugzeugen stammte, die Frankreich, England, die USA, Spanien geschickt hatten, um den Despoten am Rande Europas wegzubomben. Am Ende wird Gaddafi von

Schon Jeremys Vater war ein Geflüchteter. Die Heimat hatte er in den 1980ern verlassen, wegen einer historischen Dürre, politischer Verfolgung nach einem der Militärputsche, wegen Schulden oder allem zusammen. So genau weiß Jeremy das nicht mehr.

den Rebellen gelyncht. Vom Staat, der die Fürsorge für die zwei Waisenkinder übernehmen sollte, ist kaum mehr übrig als vom zerstörten Haus seiner Kindheit. Jeremys Schwester geht zurück nach Ghana, wo sie bis heute lebt.

Irgendwann haben die Schlepper das Boot mit Passagieren voll, und auch Jeremy kommt an Bord. Doch

das überfüllte Boot kentert. Jeremy kann nicht schwimmen, hält sich an einem schwimmenden Gegenstand fest. Eine Frau ertrinkt mit ihrem Kind vor seinen Augen. Oft muss er daran denken, wie beide in der Tiefe verschwinden. Es folgen Lampedusa, Flüchtlingslager, die Verlegung nach Norditalien. Dann geht es weiter nach Deutschland, in ein Dorf bei Münster. Der Asylantrag wird abgelehnt. Die deutschen Richter finden, es sei für ihn in Libyen sicher genug, außerdem könne er ja auch nach Ghana gehen. Es folgt Kirchenasyl, schließlich taucht Jeremy unter.

Jetzt steht er am Fenster und schaut in den blauen Himmel. An seinem Hals baumelt ein Silberkettchen mit Kreuz. Ein normales Leben scheint für ihn auch hier nicht erreichbar zu sein. Bürgerkrieg, das zerbombte Haus, der Verlust der Familie, die Flucht. Und nun die Corona-Pandemie. Und doch: So schwer sein Leben bisher war, beschweren will er sich nicht.

Denn auch wenn es fast zynisch klingt: Jeremy hat bis jetzt Glück gehabt. Er hat es nach Berlin geschafft. Hier kennt er zwei Menschen, bei ihnen schlüpfte er unter. Es gibt sie, die Deutschen, die helfen, normale Leute, denen Nächstenliebe vor Drittstaatenregelung und Abschiebebescheid geht. Das war schon in dem Dorf bei Münster so. Ein Rentner, ein Anwalt, ein Künstler, gefühlt das halbe Dorf, kümmerte sich um den Gestrandeten aus Afrika.

In Berlin musste er ganz von vorn anfangen. Doch wieder hatte er Glück, wieder half man ihm. Er wohnt

illegal zur Untermiete in einer Einzimmerwohnung mit Küche und Bad, kein Kinderspiel in Zeiten von AirBnB und Wohnungsnot. Jeden Monat zahlt er pünktlich in bar. Ein Bankkonto kann er ohne Pass und Meldebescheinigung nicht eröffnen.

Seine spottbillige Arbeitskraft ist, wie überall auf der Welt, auch in Deutschland hoch gefragt. Mal packt er auf einer Baustelle im Grunewald an, mal restauriert er für eine wohlhabende Pariser Künstlerfamilie eine alte Fabriketage. Schließlich findet er in Charlottenburg einen »festen« Job in einem Restaurant. Erst Tellerwaschen für vier Euro die Stunde, dann Küchenhilfe, sechs Euro, schwarz.

Doch als die Gastronomie wegen der Pandemie vor Wochen die Schotten dicht macht, wird Jeremy als erster nach Hause geschickt. Kurzarbeitergeld, Corona-Hilfen, Krankengeld: Die sozialen Netze in Deutschland halten einigermaßen. Doch für Leute wie Jeremy gibt es nichts davon.

»Und was machst du den ganzen Tag?« Jeremy zeigt aufs Küchenradio. Auf sein Smartphone. Internet funktioniert, Filme werden auf dem Handy geguckt: »Ich habe keinen Fernseher, auch keinen Computer.« Ein Sprachkurs, das wäre etwas. Dafür müsste erst ein Alphabetisierungskurs her. Ohne legalen Aufenthalt bleiben solche Pläne Zukunftsmusik. Die nächste Miete muss bezahlt werden. Bisher treiben seine Freunde Geld über Spenden auf.

In einem Punkt sind letztlich dann doch alle gleich, sagt Jeremy zum Abschied: »Ich will nicht krank werden.«

Einziger Ausweg ist Legalisierung

Linke Abgeordnete fordern Generalamnestie

In der Illegalität zu leben bedeutet, für die Behörden nicht zu existieren. Das ist der Sinn und das ist die Crux: Menschen ohne Papiere haben keine Lobby. Doch auch für sie müssen Schutz und Würde gelten, wenn eine Lage wie die jetzige eintritt.

Zahlreiche Bundestagsabgeordnete der Linken haben sich deshalb in einem Offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesinnenminister Horst Seehofer gewandt und sie aufgefordert, Personen ohne Aufenthaltstitel in einer »Generalamnestie« einen legalen Status zuzugestehen und ihnen zudem eine Corona-Hilfe von je 1500 Euro zu gewähren. »Auch Menschen ohne Papiere sind Teil der deutschen Bevölkerung«, schreibt der Abgeordnete Lorenz Gösta Beutin, von dem die Initiative für den Brief ausging. Aus humanitären Gründen müsse auch ihnen die volle staatliche Hilfe zuteil werden. Unter den Abgeordneten, die unterzeichnet haben, ist auch der Parteivorsitzende Bernd Riexinger. *nd*